

A-04 Afghanistan-Aufarbeitung

Gremium: KV Osnabrück-Land
Beschlussdatum: 30.10.2021
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle Debatte

Antragstext

- 1 „Die BDK beauftragt den Bundesvorstand mit der Aufarbeitung der Grünen-Haltung zur
2 Beteiligung der Bundeswehr an der Militär-Intervention in Afghanistan beginnend mit
3 der
4 Beschlussfassung der BDK in Rostock vom 24./25. November 2001 (s.u.).“
- 4 **Beschluss des 17. Parteitages von Bündnis 90/Die Grünen in Rostock zum**
5 **Einsatz bewaffneter**
6 **Streitkräfte der Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen**
7 **Terrorismus vom 24./25.**
8 **November 2001**
- 7 Der Deutsche Bundestag hat am 16.11.2001 mit der Mehrheit von 336 Stimmen
8 beschlossen, dem
9 Einsatz deutscher bewaffneter Kräfte im von der UNO mandatierten Kampf gegen den
10 internationalen Terrorismus zuzustimmen und zugleich dem Bundeskanzler das
11 Vertrauen
12 auszusprechen. Um die rot-grüne Koalition nicht in dieser Abstimmung scheitern zu
13 lassen,
14 stimmten mehrere bündnisgrüne Abgeordnete zu, auch wenn sie das Mandat
15 ablehnten. Vier grüne
16 Nein-Stimmen brachten einen Widerspruch zum Ausdruck, den mehr als vier
17 Abgeordnete teilten.
18 Die Mehrheit unserer Bundestagsfraktion stimmte aus der Sache heraus zu. Dies hatte
19 der
20 Bundesvorstand empfohlen, nachdem es gelungen war, die vom Parteirat am
21 12.11.2001
22 formulierten Voraussetzungen für eine solche Zustimmung durchzusetzen und in
23 einem
24 gemeinsamen rot-grünen Entschließungsantrag des Bundestages zentrale politische
25 Ziele des
26 Kampfes gegen den internationalen Terrorismus festzuschreiben. Daß der Kanzler die
27 Abstimmung über die Bereitstellung von Bundeswehreinheiten mit der Vertrauensfrage
28 verband,
29 war nach der Verfassung möglich, aber weder unvermeidlich noch in der Wirkung
30 Vertrauen
31 fördernd. Es nicht nur von sehr vielen in unserer Partei, sondern auch von einem
32 großen Teil
33 der Bevölkerung als Zumutung empfunden worden. Hätte es zwei getrennte
34 Abstimmungen gegeben,
35 wäre die Vertrauensfrage trotz der zur Sache vorhandenen Positionsunterschiede von
36 unserer
37 Fraktion einstimmig und einhellig bejaht worden. Der Bundestagsbeschluß bedeutet

nicht nur
24 die Bereitstellung zum Einsatz deutscher Soldaten im Kampf gegen den
internationalen
25 Terrorismus, sondern zugleich eine Einschränkung und Beschränkung. Die
Bundesregierung wurde
26 nicht ermächtigt zur Beteiligung an Luftangriffen, zum Einsatz von Bodentruppen,
obwohl es
27 wenigstens zu Letzterem Vorstöße aus der Bundeswehr gab. Gegen einen Einsatz im
Irak, in
28 Somalia oder anderen Ländern über Afghanistan hinaus gibt es eine wirksame Sperre.
Das vom
29 Bundestag beschlossene Mandat erlaubt der Bundesregierung, Sanitätskräfte zur
Rettung
30 verwundeter Zivilisten und Soldaten einzusetzen, Lufttransporteinheiten zum
Transport
31 ziviler Hilfsgüter und militärischer Geräte, Fuchsspürpanzer zum defensiven
32 Aufspüren von ABC-Waffen, Marineeinheiten zum Schutz ziviler Seeschifffahrt am Horn
von
33 Afrika und 100 Mann Spezialkräfte, die Zugriffe ausführen können, um identifizierte
34 mutmaßliche Täter dingfest zu machen und vor Gericht zu bringen. Es geht um
humanitäre, um
35 Defensiv- und Schutzfähigkeiten und polizeiähnliche Aufgaben. Dies entspricht den
Maßstäben,
36 die der Länderrat beschlossen hat. Repressive Mittel sollen nur eingesetzt werden
unter
37 Einbindung in ein politisches Konzept, unter dem Grundsatz der Zielgerichtetheit und
38 Verhältnismäßigkeit, in Übereinstimmung mit der Charta und den Beschlüssen der
UNO
39 einschließlich des Rechts auf Selbstverteidigung und unter Vermeidung eines
"Kampfes der
40 Kulturen". Wir begrüßen, daß die Bundestagsfraktion Präzisierungen und
Klarstellungen zu dem
41 Mandat durchgesetzt hat. Das gilt für den Täterbezug, für die polizeilichmilitärische
42 Verwendung der Spezialkräfte, für örtliche Beschränkung des Einsatzes. Es gilt auch
für die
43 Berichterstattungspflicht. Dadurch ist es dem Bundestag möglich, sein
verfassungsmäßiges
44 Recht zur Selbstbefassung mit der weiteren Mandatsgestaltung wirksam auszuüben.
Angesichts
45 der Brisanz dieses Militäreinsatzes ist eine transparente Informationspolitik gegenüber
der
46 Öffentlichkeit absolut notwendig. Der bisherige Umgang mit den internationalen
Medien ist
47 äußerst unbefriedigend: Einsatzziele werden nicht genannt, die Öffentlichkeit wird nur
48 unregelmäßig und bruchstückhaft informiert. Die Medien werden von beiden Seiten als
49 Propagandamittel eingesetzt. Von den Informationsdefiziten der USA und
Großbritannien sind
50 nicht nur die weltweiten Medien betroffen sondern auch die nationalen Regierungen
und
51 Parlamente der NATO-Mitgliedsländer. Diese polarisierende Informationspolitik ist nicht

52 geeignet ein gleichberechtigtes multilaterales Bündnis gegen den Terror aufzubauen.
Da sich
53 die Lage in Afghanistan sieben Wochen nach Beginn der militärischen Angriffe der USA
und
54 Großbritanniens gegen Al Quaida und Taliban für die Menschen positiv entwickelt,
wächst die
55 Hoffnung, daß nun in Afghanistan und darüber hinaus politische Lösungen mehr ins
Zentrum
56 rücken. Zum ersten Mal seit Jahren besteht die Chance, die wegen Dürre, Bürgerkrieg
und
57 Taliban-Regime schlimme humanitäre Situation grundlegend zu verbessern. Wir haben
58 kritisiert, dass im Krieg eine große Zahl unbeteiligter Zivilisten und zivile Einrichtungen

59 von Bomben und Raketen getroffen wurden. Nicht nur viel zusätzliches Leid, Tod und
60 Zerstörung sind die Folge, sondern auch neuer Hass und Bereitschaft zu Gewalt, die
neue
61 politische Probleme schaffen. Eine wirksame Eindämmung terroristischer Gewalt wird
dadurch
62 schwieriger. Ein großer Teil der Grüne Partei, Kreis- und Landesverbände, halten dies
für
63 falsch und haben dagegen votiert. Aus Sorge vor einer drohenden humanitären
Katastrophe und
64 vor den Rückwirkungen eines militärischen Vorgehens, das infolge der
Bombardements immer
65 mehr zivile Opfer forderte, in der islamischen Welt sowie aus scharfer Kritik
insbesondere
66 am Einsatz international geächteter Streubomben haben wir die USA mehrfach offen
kritisiert.
67 Genau so offen nehmen wir jetzt zur Kenntnis, daß der weitgehende Sturz der Taliban
nun
68 ermöglicht, den Großteil der Bevölkerung wirksam humanitär zu versorgen und mit
dem
69 Neuaufbau des Landes zu beginnen. Die in der kommenden Woche in Bonn
stattfindende
70 Afghanistan-Konferenz der UNO soll eine tragfähige, alle Ethnien einschließende
NachTaliban-
71 Lösung eröffnen, da eine einseitige Dominanz der Nord-Allianz den Frieden nicht
sichern
72 kann. Mit der Wahl des Tagungsortes anerkennt die UNO die besondere, positive Rolle,
die
73 Deutschland und insbesondere Außenminister Joschka Fischer bei der Arbeit an einer
74 politischen Lösung für das geschundene Land spielen. In dem vom Bundestag
verabschiedeten
75 Entschließungsantrag haben die vom grünen
76 Länderrat im Oktober formulierten politischen Ziele im Kampf gegen den
internationalen
77 Terrorismus ihren Niederschlag gefunden. Diese Entschließung ist geprägt von der
Einsicht,
78 daß der Kampf gegen den Terrorismus nicht allein und auch nicht überwiegend
militärisch zu

79 gewinnen ist. Er kann nur gelingen, "wenn vor allem auch politische, ökonomische und
80 humanitäre Maßnahmen ergriffen werden". Der Bundestag fordert eine Verstärkung
81 der
82 Anstrengungen, um lang schwelende Regionalkonflikte zu lösen. Er spricht sich für
83 eine
84 konsequente zivile Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention aus. Er verlangt, "den
85 Ausgleich zwischen Arm und Reich ins Zentrum einer globalen Friedenspolitik zu
86 Rücken". Er
87 bekennt sich zum Dialog zwischen den Kulturen und mit den Religionen als
88 Voraussetzung für
89 das friedliche Zusammenleben in multikulturellen Gesellschaften. Bündnis 90/Die
90 Grünen
91 erwarten, daß diesen Selbstverpflichtungen nun Taten folgen. Die Bundestagsfraktion
92 wird
93 aufgefordert dafür zu sorgen, daß insbesondere die erforderlichen Haushaltsmittel
94 bereitgestellt werden, damit gemeinsam mit der FAO ein gemeinsamer Fonds zur
95 Stärkung
96 ländlicher Räume in den ärmsten Regionen der Welt aufgelegt und gemeinsam mit
97 dem World Food
98 Program die Hilfe für die notleidenden Menschen in Afghanistan und angrenzenden
99 Ländern
100 deutlich aufgestockt werden; damit wirklich substantielle Hilfe für den Wiederaufbau in
101 Afghanistan geleistet werden kann; damit nach langen Jahren endlich das vereinbarte
102 Ziel
103 schrittweise umgesetzt wird, 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit
104 bereitzustellen;
105 damit bei der Konferenz "Financing for Development" im März 2002 oder beim
106 Johannesburg-
107 Gipfel im September Fortschritte in der Armutsbekämpfung gemacht werden.
108 Insgesamt kommt die
109 Bundesdelegiertenkonferenz zu folgender Bewertung der Bundestagsabstimmung. Wir
110 respektieren
111 ausdrücklich, daß unsere Abgeordneten in dieser Entscheidung, die Gewissensfragen
112 genau so
113 berührt wie politische Grundsatzfragen, zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen.
114 Niemand hat
115 sich die Entscheidung leicht gemacht. Wir akzeptieren, daß unsere Abgeordneten
116 mehrheitlich
117 der Bereitstellung von Einheiten der Bundeswehr zur Bekämpfung des internationalen
118 Terrorismus zugestimmt haben. Wir halten es für richtig, daß die vorhandene Kritik an
119 dem
120 Einsatz, die in unserer Partei ihren Platz hat, in der Abstimmung zum Ausdruck
121 gebracht
122 wurde. Wir begrüßen, daß von der Bundestagsfraktion gemeinsam zivile Prioritäten im
123 Kampf
124 gegen den internationalen Terrorismus voran gebracht wurden. Der Parteitag könnte,
125 selbst
126 wenn er wollte, den Bundestagsbeschluß nicht rückgängig machen oder aufheben.
127 Aber auch

106 angesichts der dramatisch veränderten Lage in Afghanistan ist es möglich, den Krieg
zu
107 beenden. Bündnisgrüne setzen sich dafür ein, dass die bereitgestellten
Bundeswehrsoldaten
108 nur im Rahmen der Erfüllung des beschlossenen Mandats herangezogen werden, sei
es zu
109 humanitären Aufgaben wie Hilfe für Verletzte, sei es zum Transport von
Versorgungsgütern und
110 Seeüberwachung zum Schutz der zivilen Seefahrt, sei es durch Einsatz der
Spezialkräfte zu
111 gewaltsamen polizeiartigen Einsätzen, um mutmaßliche Terroristen zur Verantwortung
zu ziehen
112 und vor einen internationalen Strafgerichtshof zu bringen. Bündnisgrüne wollen nicht,
dass
113 der Krieg auf andere Länder, etwa im Nahen und Mittleren Osten ausgeweitet wird.
Das heißt
114 insbesondere auch, dass in Ländern außerhalb Afghanistans, in denen es derzeit keine
115 Regierung -gibt, wie Somalia, deutsche bewaffnete Kräfte nicht ohne Befassung des
Deutschen
116 Bundestages eingesetzt werden, wie in der Protokollerklärung zugesagt ist. Wir fordern
117 unsere Mandatsträger auf, ihr Möglichstes zu tun, um diese Vorstellungen in der Politik
der
118 nächsten Monate und Jahre umzusetzen.
119 Bündnis 90/Die Grünen bleiben auch der pazifistischen Tradition verpflichtet und
verbunden.
120 Es ist gut, daß die Bundestagsfraktion einen Weg fand, die Entscheidung in der Sache,
die
121 Freiheit der Kritik und eine klare Entscheidung für die Koalition zu verbinden. Wir
würdigen
122 die Haltung aller, die das mit ermöglicht haben, obwohl sie persönlich anderer
Meinung
123 gewesen sein mögen. Unsere Antwort auf die Frage nach der Koalition ist eindeutig:
Bündnis
124 90/Die Grünen wollen die rot-grüne Koalition fortsetzen, weil sie gut ist für die
Menschen
125 und für dieses Land. Der SPD sagen wir: Wir sind ein fairer Partner und wir erwarten
faire
126 Partnerschaft. Die rot-grüne Koalition hat Erfolge aufzuweisen, die von
Klimaschutzprogramm
127 und Energiewende über das Einleiten der Agrarwende, Staatsangehörigkeitsrecht und
128 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften bis zu unseren jüngsten Erfolgen beim
129 Bundesnaturschutzgesetz und der Einwanderungspolitik reichen. Wir Grüne können
selbstbewußt
130 sagen: vieles von dem, das der Kanzler bei seinem Parteitag als Erfolg gefeiert hat, bis
hin
131 zur Haushalts- und Steuerpolitik, hätte es ohne uns nicht gegeben. Ebenso wichtig wie
die
132 bisherigen Erfolge ist, was wir noch vorhaben. In der laufenden Legislaturperiode
wollen wir
133 noch das Atom-Ausstiegsgesetz beschließen, die Anerkennung geschlechtsspezifischer

und
134 nichtstaatlicher Verfolgung erreichen, ethische Grenzziehungen bei den
Entscheidungen zur
135 Gentechnik sichern und zusätzliche grüne Anstöße für eine energischere Politik gegen
die
136 Massenerwerbslosigkeit setzen. Wir haben noch viel vor. Nur mit uns Grünen wird es
die
137 Umsetzung des Atomausstiegs und aktive Klimapolitik samt Fortentwicklung der
Ökosteuern, die
138 Abschaffung der Wehrpflicht, die Verkehrswende und Lärmbekämpfung, mehr Geld für
Kinder und
139 ihre Bildung, die Durchsetzung der Agrarwende und die Neuordnung der sozialen
Sicherung mit
140 Einführung einer Grundsicherung geben. Doch auch aus außenpolitischer
Verantwortung wollen
141 wir dieses Land nicht der heutigen Opposition überlassen. Grüne Außenpolitik setzt auf

142 eigenständige Perspektiven. Sie setzt auf eine neue Friedenspolitik für das 21.
Jahrhundert.
143 Diese zeichnet sich dadurch aus, daß sie angesichts der Gefahren privatisierter Gewalt
die
144 Stärkung der UNO, die Universalität der Menschenrechte, Gewaltprävention und zivile
145 Konfliktbearbeitung sowie die Geltung des Rechts in den internationalen Beziehungen
ins
146 Zentrum rückt. Wir wissen, daß sich Gewalt als ultima ratio leider nicht immer
ausschließen
147 läßt. Wir anerkennen das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der
UNO.
148 Die Bundeswehr darf aber nicht im Kontext klassischer Interventionen eingesetzt
werden.
149 Dagegen kann sich die Bundeswehr an internationalen Einsätzen zur Bewahrung und
150 Wiederherstellung des Friedens, die mit einem Mandat der Vereinten Nationen
durchgeführt
151 werden, beteiligen. Bündnis 90/Die Grünen bleiben eine militärkritische Partei mit
hoher
152 Friedenskompetenz. Grüne Außenpolitik setzt sich auch ein für eine andere, positive
153 Gestaltung der Globalisierung. Es gilt, neue internationale Ordnungsstrukturen zu
schaffen,
154 die der wirtschaftlichen Globalisierung ökologische, soziale und menschenrechtliche
155 Leitplanken setzen. Eine internationale Strukturpolitik ist dafür notwendig. Grüne
156 Außenpolitik setzt auf die Stärkung Europas, auf machtpolitische Selbstbeschränkung
und
157 internationale Einbindung statt auf machtpolitische Sonderwege, auf Hegemonie oder
auf
158 Nationalismus. Grüne Außenpolitik setzt im transatlantischen Verhältnis auf enge und
gute
159 Beziehungen zu den USA. Bei allen
160 Differenzen und Auseinandersetzungen setzen wir auf die freundschaftliche Haltung
der
161 kritischen Solidarität. Wir Grüne folgen der Vision einer Völkergemeinschaft weltoffener

162 Demokratien. Die weltweite Betroffenheit, die durch die terroristische Gewalt des 11.
163 September ausgelöst wurde, hat deutlich gemacht, wie sehr die Welt, in der wir leben,
164 real
165 zu einer Weltgesellschaft zusammenwächst. Mit unserem Einsatz für die Förderung
166 von
167 Menschenrechten, Demokratie, Toleranz und internationaler Gerechtigkeit tragen wir
168 dazu bei,
169 dem Terrorismus den Boden zu entziehen. Wir setzen auf die Perspektive einen
170 "Weltinnenpolitik" mit der Eingrenzung der Gewalt durch internationale Herrschaft des
171 Rechts. Der gemeinsame Kampf der Staaten und Völker gegen den Terrorismus bietet
172 die Chance,
173 neben dem Selbstverteidigungsrecht der Entwicklung internationalen Rechts
174 einschließlich
175 entsprechender Sanktionsgewalt ein erhöhtes Gewicht einzuräumen. Wenn
176 terroristische
177 Aggressoren nicht nur Feinde eines Staates oder Bündnisses sind, sondern der
178 gesamten
179 internationalen Gemeinschaft, dann wird es langfristig möglich sein, sie als
180 Verbrecherorganisationen einem zu schaffenden globalen Rechtssystem zuzuführen.
181 Wir setzen
182 uns mit dieser Perspektive dafür ein, das internationale Recht systematisch weiter zu
183 stärken. Dazu gehört, daß alle Staaten dem Internationalen Strafgerichtshof beitreten,
184 wie
185 es Joschka Fischer vor der UNO-Generalversammlung auch von den USA gefordert hat.
186 Es gehört
187 auch zur unverzichtbaren Rolle unserer Partei in der rot-grünen Außenpolitik, klar für
188 Positionen einzutreten, die beim SPD-Parteitag noch nicht einmal zur Abstimmung
189 gestellt
190 wurden: Unsere Solidarität ist nicht gleichbedeutend mit bedingungsloser
191 Unterstützung der
192 US-Militärstrategie. Wir lehnen insbesondere den Einsatz von Streubomben auch bei
193 diesem
194 Kampf gegen den internationalen Terrorismus ab. Die Verhältnismäßigkeit muß
195 gewährleistet
196 sein; der Zweck heiligt nicht die Mittel. Wir wollen den Einsatz von
197 Massenvernichtungswaffen auch weiterhin eindeutig ausgeschlossen sehen. Es darf
198 keine
199 Eskalationsstrategie geben. Das Völkerrecht deckt Rache nicht ab. Die Koalition gegen
200 den
201 Terrorismus muß auch eine Koalition für Humanität sein. Wir halten den gezielten
202 Zugriff auf
203 die mutmaßlichen Täter des 11. September für richtig und nötig, wollen sie aber vor
204 ein
205 internationales Strafgericht gestellt und nicht liquidiert sehen. Es geht nicht um Krieg
206 gegen ein Land, eine Kultur oder eine Religion. Wir bleiben dabei: Die USA verdienen
207 unsere
208 Solidarität, denn sie wurden angegriffen. Die terroristische Bedrohung der USA und
209 anderer
210 Staaten, auch der Bundesrepublik, hat mit dem 11.9.2001 nicht aufgehört, sondern
211 hält an.
212 Wir stehen in der Verantwortung, bestmöglich für den Schutz der Bevölkerung, der

192 internationalen Sicherheit und den Frieden sowie den Erhalt der offenen Gesellschaft
zu
193 sorgen. Wir sind bereit, dies im Rahmen einer breiten internationalen Koalition gegen
den
194 Terrorismus zu tun. Verantwortung aber gibt es nicht ohne Eigenständigkeit. Deshalb
sind wir
195 für kritische Solidarität. Deshalb treten wir dafür ein, die rechtsstaatliche Demokratie
so
196 zu verteidigen, daß nicht ihre eigenen Prinzipien dabei verletzt werden.

Begründung

20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan mit all den Toten, Verletzten, Geflohenen, verausgabten Geldern und den Umständen der Beendigung des Einsatzes sowie den aktuellen Zuständen im Land und den Perspektiven erfordern die Aufarbeitung auch der Grünen-Haltung dazu, um für zukünftige internationale Konflikte die absolute Priorität ziviler Bearbeitung und nicht-militärischer Lösung stärken zu können.